

## Politische Entscheidungen gefährden die Grundpfeiler des deutschen Bankensystems

### **Zu niedrige Zinsen, zu viele Regeln**

– von Klaus Euler, Vorstandsvorsitzender der EthikBank –

Deutschland hat die Eurokrise bisher gut überstanden. Auch aus der vorangegangenen Wirtschafts- und Bankenkrise ging das Land gestärkt hervor. Das hat einen guten Grund: Die Bundesrepublik greift auf ein dezentrales, breites und regional aufgestelltes Netz aus mittelständischen Banken zurück. Volksbanken und Sparkassen dominieren den Markt mit 67 % der Privatkundeneinlagen. Diese Banken pflegen ein risikoarmes Geschäftsmodell und dienen vorrangig der lokalen Realwirtschaft. So stellen sie die Kreditversorgung des vielzitierten *„Rückgrats unserer Wirtschaft“* – dem deutschen Mittelstand – sicher. Doch ausgerechnet diese soliden Pfeiler des Finanzsystems sind stark gefährdet, wenn nicht sogar partiell vom Aussterben bedroht. Schuld daran haben politische Entscheidungen, die zugunsten der Großbanken in den Wettbewerb eingreifen.

Eine davon ist die dauerhafte Niedrigzinspolitik der EZB, mit der sie der Wirtschaftskrise in weiten Teilen Europas Herr werden und Anreize für Investitionen schaffen will. Damit übernimmt die Zentralbank unfreiwillig eine Rolle, die seit Jahrzehnten die einzelnen Länder selbst ausgefüllt haben. Denn das stetige Wachstum der Vergangenheit schufen die Staaten durch eigene Investitionen künstlich selbst – auf Kosten steigender Staatsverschuldungen. Inzwischen haben die Verschuldungsquoten westlicher Industrienationen ein mehr als kritisches Niveau erreicht. Geld, um das dringend benötigte Wachstum anzukurbeln, ist nicht mehr vorhanden. Allerorten wird gespart. Die EZB bedient sich nun eines Mittels, das bereits **Milton Friedman** vor mehr als 40 Jahren in Gedanken durchgespielt hat: Sie wirft Geld mit dem Hubschrauber ab. Doch während der Wirtschaftsnobelpreisträger die Mittel über den Köpfen der einfachen Bürgerinnen und Bürger ausschütten und damit über den Konsum die Wirtschaft beleben wollte, schwemmt die EZB das Geld in die Volkswirtschaften und damit auf die Finanzmärkte. Der Preis für Geld ist extrem gesunken, das Zinsniveau auf historisch niedrigem Niveau. Zur Verbesserung der Investitionsbereitschaft hat das alles bisher nicht beigetragen, zu unsicher sind die Zeiten, zu gering die Absatzerwartungen. Nicht der letzte Prozentpunkt des Zinses ist also das Problem sondern die Kreditaufnahme an sich.

### **Zinsmarge ist verschwunden**

Was sich allerdings verändert hat, sind die Verdienstmöglichkeiten der mittelständischen Banken – und das dramatisch zum Negativen. Denn die Haupteinnahmequelle der Volksbanken und Sparkassen – die Zinsmarge – ist praktisch weggebrochen. Sie beträgt normalerweise 75 % ihres Rohertrages. Heute lässt sich allein mit der Hereinnahme von Einlagen und der Vergabe von Krediten kaum noch Geld verdienen. Stattdessen sind gewerbliche Investoren inzwischen dazu gezwungen, höhere Risiken einzugehen und sich der Spekulationswirtschaft zuzuwenden. Vor allem die internationalen Großbanken gehen aus dieser Entwicklung als Sieger hervor, denn sie betreiben diese Art des Handels mit Aktien, Derivaten, Hedgefonds usw. seit jeher. Die 15 größten Banken der Welt sind in der vergangenen Dekade um den Faktor 3 gewachsen. Das heißt, sie besitzen eine Größe, die das systemische Risiko für das volkswirtschaftliche Wirtschaftssystem immens erhöht hat. Die Abhängigkeit

Ihr direkter Draht ... (Mo.-Do. 15-18 Uhr, Fr. 9-12 Uhr)



**02 11 / 66 98 - 321**

Fax: 02 11 / 69 12-440

e-mail: [bank@kmi-verlag.de](mailto:bank@kmi-verlag.de)

... für den vertraulichen Kontakt

#### Impressum

**markt intern** Verlagsgruppe – **kapital-markt intern** Verlag GmbH, Grafenberger Allee 30, D-40237 Düsseldorf. Tel.: +49 (0)211 6698 199, Fax: +49 (0)211 6912 440. [www.kmi-verlag.de](http://www.kmi-verlag.de). Geschäftsführer: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber, Dipl.-Ing. Günter Weber. Gerichtsstand Düsseldorf. Handelsregister HRB 71651. Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Verlages.

**Bank intern** Herausgeber: Dipl.-Ing. Günter Weber. Redaktionsdirektoren: Dipl.-Kfm. Uwe Kremer, Rechtsanwalt Gerrit Weber. Chefredakteur: Rechtsanwalt Dr. Axel J. Prumm. Redaktionsbeirat: Dipl.-Ing. Dipl.-Oen. Erwin Hausen, Christian Prüßing M.A., Dipl.-Vwt. Dr. Ludger Steckelbach, Rechtsanwalt Harald L. Weber M.A., LL.M. Druck: Theodor Gruda, [www.gruda.de](http://www.gruda.de). ISSN 1615-522X

der Staaten von ihnen nimmt weiter zu. Im gleichen Maße verringern sich die Kontrollmöglichkeiten der Staaten gegenüber den Großbanken. Der Hochfrequenzhandel blüht und hat eine Taktung erreicht, die schon lange nicht mehr fassbar ist. Durch die Niedrigzinspolitik unterstützt die EZB moralisch nicht akzeptable Geschäfte, wie beispielsweise das Spekulieren mit Nahrungsmittelpreisen. Insgesamt betragen die virtuellen Geschäfte inzwischen das Zehnfache des Geschäftsumfangs der Realwirtschaft. Außerdem entziehen sich die Finanzgroßkonzerne jeglicher Kontrolle, in dem sie inzwischen 50 % der Finanzaktiva über Schattenbanken verwalten. Das systemische Risiko ist bereits jetzt immens gestiegen – die nächste Bankenkrise vorprogrammiert.

Die in der Realwirtschaft agierenden Volksbanken und Sparkassen werden dem dieses Mal allerdings nichts entgegensetzen können. Stattdessen werden sie gezwungen sein, Kosten einzusparen und möglicherweise mit anderen Instituten zu fusionieren. Das Filialnetz wird ausgedünnt, die regionale Verankerung löst sich, die Kreditversorgung mittelständischer Unternehmen ist nicht mehr gewährleistet. Der Sparer wird sowohl Nähe als auch Vertrauen zu seiner Bank verlieren. Und das ist alles andere als verwunderlich. Schließlich werden seine Spareinlagen bis dahin zweimal entwertet sein: Das erste Mal durch die niedrigen Zinsen, das zweite Mal durch die Inflation, die dann zuschlägt, wenn die Geldblase platzt und die von der EZB in den Finanzmarkt gepumpten Geldmengen unkontrolliert in die Realwirtschaft fließen.

## Überregulierung verhindert Innovation

Um der Niedrigzinspolitik und der davon ausgehenden Krise kreativ und positiv begegnen zu können, müssen die mittelständischen Banken neue Geschäftsmodelle entwickeln. Doch auch diesen Prozess behindern politische Maßnahmen erheblich. So lässt die staatlich geforderte Kontrollbürokratie kaum noch Freiräume und hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, das signifikant in die Effizienz der Betriebsorganisation eingreift. Zwar ist der Vertrauensverlust gegenüber den Banken, der aus der Bankenkrise hervorgegangen ist, absolut verständlich und nachvollziehbar, doch hat es die Politik dabei versäumt, zwischen Verursachern und unterstützenden Banken zu unterscheiden.

Während die großen, vorrangig spekulierend agierenden Institute den bürokratischen Aufwand verhältnismäßig problemlos leisten können, bringt er die mittelständischen Banken an den Rand der Belastbarkeit. In einer Bank wie der EthikBank mit etwa 70 Mitarbeitern sind inzwischen 20 von ihnen damit beschäftigt, staatlich beauftragte Bürokratie zu erfüllen. Paradoxerweise sind es ausgerechnet die solide wirtschaftenden Banken mit einem einfachen Geschäftsmodell, die die ganze Wucht der Regulierungswut seitens der Aufsichtsbehörden zu spüren bekommen. Die Banken, auf die die deutsche Wirtschaft während der schwierigen Zeiten der Vergangenheit bauen konnte, werden jetzt vom Gesetzgeber benachteiligt. Große Banken hingegen, die das Misstrauen erst ausgelöst haben, erhalten so einen Wettbewerbsvorteil. Im Umkehrschluss kann man also sogar soweit gehen und behaupten, dass die maßlosen Regulierungen ebenfalls das systemische Risiko eher erhöhen als eindämmen. Zu allem Überfluss müssen Volksbanken und Sparkassen zusätzlich in den Bankensicherungsfonds einzahlen, obwohl die Wahrscheinlichkeit, dass sie jemals Geld aus ihm beziehen werden, äußerst gering ist. Stattdessen greifen sie auf ein eigenes Sicherungsnetz zurück.

## Was kommt nach dem Wachstum?

Beide politischen Instrumente – sowohl die Bankenaufsichtsmethoden als auch die Niedrigzinspolitik – haben ihr Ziel verfehlt. Stattdessen drängt sich eine unbequeme Wahrheit in den Vordergrund, mit der sich die Politik äußerst ungern beschäftigt. Es gibt kein unendliches Wachstum. Das ökonomische System ist endlich. Statt Symptome zu bekämpfen sollten wir damit beginnen, die Erfahrungen aus der Krise in einen positiven Prozess umzuwandeln. Wie kann ein Wirtschaftssystem in Zeiten des Postwachstums aussehen und funktionieren? Dazu braucht es kreative Ideen, die Bereitschaft zum Diskurs und eine breite öffentliche Diskussion. Die Ausgangssituation dafür könnte eigentlich nicht besser sein. Denn ein Wort kann wohl niemand mehr hören, egal ob Politiker, Sparer oder Banker: Krise.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

In Europas größter Informationsdienst-Verlagsgruppe...

steuerberater intern  
immobilien intern  
umsatzsteuer intern  
Ihr Steuerberater  
steuer-tip GmbH intern  
EXCLUSIV (Schweiz)

Augenoptik  
Auto  
Taschkette  
Möbel  
Schmuck  
Unterhaltungselektronik  
Apothekenzubehör  
Santitas  
Ziergüter  
Damenmode  
Büro  
Fachhandel  
Elektro  
Spielwaren  
Modellbau  
Basteln  
Eisenwaren  
Werkzeuge  
Garten  
Young Fashion  
Schul-  
Fachhandel  
Foto  
Fachhandel  
Tele-  
kommunikation  
Büro  
Fachhandel  
Elektro  
Installation  
Dessens  
Büro  
Fachhandel  
Elektro  
Werkzeuge  
Handarbeiten  
Mittelstand  
Parfümerie  
Kosmetik

...erscheinen die wöchentlichen Branchenbriefe:

Bank intern  
kapital-markt intern  
finanz-tip  
versicherungstip  
investment intern  
inside track (USA)